

SEPTEMBER 2017

Deutsche Feuerwehr-Zeitung



Offizielles Organ des Deutschen Feuerwehrverbandes | Reinhardtstraße 25 | 10117 Berlin

Kontakt über: Telefon 030.288848800 | Fax 030.288848809 | info@dfv.org | www.feuerwehrverband.de

DFV-Wahlprüfsteine: Antworten der Parteien

Der Deutsche Feuerwehrverband hat in Vorbereitung auf die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag Wahlprüfsteine zu feuerwehrrelevanten Themen erstellt. Diese wurden zur Beantwortung an folgende Parteien versandt: CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke. Der vorliegende Beitrag stellt eine Auswahl einiger Fragen dar. Alle Fragen sowie die vorliegenden Antworten werden im Internet unter www.feuerwehrverband.de/wahlpruefsteine.html veröffentlicht. Antworten, die das vorgegebene Zeichenlimit überschritten, wurden gekürzt. Kürzungen werden mit [...] gekennzeichnet. (sda)

SICHERUNG DER EHRENAMTLICHKEIT

- Wie sieht aus Ihrer Sicht ein zukunftsorientiertes, tragfähiges Konzept für die langfristige Sicherung und Stärkung der Ehrenamtlichkeit im deutschen Feuerwehrwesen aus?
- Wie kann die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt verbessert werden?
- Welche konkreten Anreize hinsichtlich des Engagements in den deutschen Feuerwehren würden Sie setzen?
- Sehen Sie eine Möglichkeit, die steuerlichen Freibeträge für Aufwandsentschädigungen und Übungsleiter zu erhöhen?

Bündnis 90/Die Grünen

- Wir wollen auch Menschen für das Ehrenamt der Feuerwehr gewinnen, die bisher nur einen geringen Mitgliederanteil ausmachen – so Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Wir wollen eine Anerkennungskultur fördern, die Altersgrenze streichen, den Wechsel und Doppelmitgliedschaft in unterschiedlichen Bundesländern unbürokratisch gestalten und den Unfallversicherungsschutz verbessern. Eine vernünftige persönliche Schutzausrüstung und ein moderner Fuhr- und Maschinenpark sind eine Grundvoraussetzung für motivierte Kräfte.
- Flexibilisierung der Vollzeitarbeit, die besser zur Lebenswirklichkeit der Familien passt; Freistellungs-, Sonder- und Bildungsurlaubsregeln; Kin-

- derbetreuungen bei Einsätzen und Schulungen.
- Wechselseitige Anerkennung erworbener Qualifikationen in Berufsausbildungen und Studium, Anrechnung von Wartesemester für Ehrenamt sowie Einführung einer Engagementskarte.
- Die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement ist uns ein besonders wichtiges Anliegen. Dazu gehört auch die Prüfung der Angemessenheit der genannten steuerlichen Freibeträge.

CDU/CSU

CDU und CSU wollen, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Feuerwehrverbänden fortgesetzt und ausgebaut wird. Dabei geht es u. a. um die Anschaffung von Fahrzeugen und Gerätehäusern sowie um Ausbildung der Feuerwehrleute an modernen Feuerweherschulen. Auch die öffentliche Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit spielt eine große Rolle. Wir fördern eine Kultur von Respekt und Aufmerksamkeit für alle, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Wir wollen weitere Wege finden, um Arbeit und Ehrenamt besser zu verbinden. Wir unterstützen die Forderung nach Erhöhung und kontinuierlicher Anpassung der steuerlichen Freibeträge bei der Zahlung von Aufwandsentschädigungen an ehrenamtliche tätige Personen. Dabei kommt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder und Kommunen eine wichtige Rolle zu, die sich in den vergangenen Jahren

immer weiter verbessert hat – auch durch die erheblichen Entlastungen des Bundes.

Die Linke

- Freiwillige, die sich bei Feuerwehren und dergleichen einsetzen, sollten, genauso wie andere Engagierte, mehr Anerkennung erfahren, z. B. durch Anerkennung von erworbenen Fähigkeiten für Ausbildung, Studium oder Beruf. Ebenso sollten neue Personengruppen für das Engagement bei der Feuerwehr angesprochen werden. Auch die weitere Qualifizierung der Freiwilligen kann helfen das Ehrenamt weiter zu stärken. Über weitere Maßnahmen wird derzeit noch diskutiert.
- Wir wollen Arbeitszeitmodelle schaffen, die Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Betriebe brauchen ausreichend Personal, um z. B. den Ausfall durch Kind-Kranktage auszugleichen. Eltern sollen einen besonderen Kündigungsschutz bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes erhalten. Und der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden. [...]

FDP

Die Freiwillige Feuerwehr ist als Institution Teil des weltweit einmaligen Systems des deutschen Bevölkerungsschutzes. Zur langfristigen Sicherung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements bedarf es eines tragfähigen Konzepts: Dies umfasst eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit für die Förderung des Ehrenamtes, die Harmonisierung helferrechtlicher Regelungen in Bund und Ländern sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer. Weitere Ziele sind, mehr Frauen sowie Migrantinnen und Migranten für das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz zu gewinnen sowie die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt zu verbessern. In NRW können nachgewiesene Kinderbetreuungskosten zum Beispiel den ehrenamtlich Tätigen auf Antrag ersetzt werden. Wir wollen zudem bereits Kinder und Jugendliche für das Ehrenamt begeistern. Eine moderate Anpassung der Freibeträge für Aufwandsentschädigungen und Übungsleiter scheint uns durchaus möglich.

SPD

- a) Der Anteil von Frauen muss erhöht werden. Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Fluchterfahrung müssen für das Engagement gewonnen werden. Kinder und Jugendliche sollten langfristig begeistert und der Übergang von Jugendorganisationen zu den aktiven Einheiten verbessert werden.
- b) Wir werden gesetzliche Regelungen zum Bildungsurlaub in allen Bundesländern und ein Bundesgesetz zur Freistellung für ehrenamtliche Tätigkeiten auf den Weg bringen.
- c) Insbesondere der Schulsanitätsdienst oder auch die Erste-Hilfe-Kurse bieten Anreize zu einem Engagement in der Feuerwehr. Die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehren und Handwerkskammern bzw. Handwerksbetrieben hinsichtlich kombinierter Ausbildungen sollten ausgebaut und gestärkt werden.
- d) Aufwendungen aus ehrenamtlichen Tätigkeiten in freiwilligen Feuerwehren und gemeinnützigen Vereinen müssen ohne bürokratischen Aufwand

steuerlich absetzbar sein. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die entsprechenden Pauschal- und Freibeträge regelmäßig überprüft und angepasst werden.

GEWALT GEGEN EINSATZKRÄFTE

Was gedenken Sie zu tun, um die Wertschätzung der Bevölkerung gegenüber Einsatzkräften zu erhöhen?

Bündnis 90/Die Grünen

Die Wertschätzung für das Ehrenamt ist gleichermaßen Aufgabe von Gesellschaft und Politik. Der Tatbestand des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ist übrigens erst 2011 verschärft worden – dennoch gibt es mehr Taten. Vier von fünf der Taten geschehen unter Alkoholeinfluss. Hier müssen die Einsatzkräfte zum Umgang mit potentiell gefährlichen Situationen geschult und in ihrer Ausrüstung gestärkt werden. Neben der öffentlichen Würdigung von Feuerwehrangehörigen, sollen die Einführung einer »Engagementskarte« oder das Anrechnen von Wartesemestern für ein Studium die Wertschätzung zu erhöhen. Wir fordern die Flexibilisierung der Vollzeitarbeit, Freistellungs-, Sonder- und Bildungsurlaubsregeln, die besser zur Lebenswirklichkeit von Familien passen. Städte und Gemeinden sollten Kinderbetreuungen bei Einsätzen und Schulungen anbieten. Die Engagementskarte sollte bundesweit gültig sein und vielfältige Vergünstigungen für städtische Einrichtungen, z. B. Schwimmbäder, bieten.

CDU/CSU

Polizisten, Soldaten sowie Einsatzkräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes, des Technischen Hilfswerks und der Rettungsdienste stehen tagtäglich mit ihrer Arbeit und oft auch mit ihrem Leben für unsere Gemeinschaft und unser aller Sicherheit ein. Gewalt gegen sie richtet sich gegen uns alle. CDU und CSU stehen hinter unseren Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern. Für uns ist klar: Wir müssen die schützen, die uns schützen. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass tätliche Angriffe leichter bestraft werden können. Um weitere klare Signale für den Schutz unserer Einsatz- und Rettungskräfte zu setzen, wollen wir für tätliche Angrif-

fe die Mindeststrafe auf sechs Monate Haft anheben. Auch gesellschaftlich muss diese Gewalt geächtet werden. Dies erreichen wir u. a. durch ständige und stete Öffentlichkeitsarbeit und ein vertrauensvolles Miteinander aller beteiligten Stellen und Organisationen sowie Anerkennung der Leistungen unserer Einsatzkräfte.

Die Linke

Wir hätten es begrüßt, wenn es anstatt in der Praxis häufig weitgehend ungeeigneter Strafverschärfungen, die zunächst kein Geld kosten, hier zunächst einmal eine Diskussion über wirksame Maßnahmen zur Prävention gegeben hätte. Diese Maßnahmen müssten auf zwei Ebenen ansetzen: zum einen mittels breitenwirksamer Kampagnen auch in Kooperation mit öffentlichen Sympathieträgern, in Fußballstadien, auf Festivals oder anderen Großveranstaltungen. Zum anderen müssen Mittel bereitgestellt werden, um in Wohnquartieren mit häufigen Problemen gezielt auf die Bevölkerung zuzugehen und für Verständnis und Respekt zu werben.

FDP

Wir sehen in Gewaltakten gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr einen Angriff gegen uns alle. Unsere Gesellschaft kann und darf diese Entwicklung nicht hinnehmen. Um zu verhindern, dass sich negative Grundeinstellungen gegenüber Einsatzkräften verfestigen, muss früh angesetzt werden. Zum einen sollten Kooperationen zwischen Schulen und der örtlichen Feuerwehr stärker gefördert werden, zum anderen sollten Maßnahmen wie etwa die Bildung von Rettungsgassen öffentlichkeitswirksam kommuniziert und erklärt werden. So können die Akzeptanz bzw. die Sensibilisierung gestärkt werden. Letztlich ist es zudem wichtig, gerade gegenüber Zuwanderern, die Einsatzkräfte auf Grund der Strukturen und Erfahrungen aus den Herkunftsländern eher negativ sehen, klar zu machen, dass diese in Deutschland ausschließlich zum Schutz der Bevölkerung handeln. Dennoch muss klar sein: Wer angesichts aller Aufklärung und Information Einsatzkräfte bei ihren Einsätzen behindert oder angreift, muss mit konsequenter Härte des Rechtsstaats verfolgt und bestraft werden.

SPD

Der Bundestag hat im April 2017 ein Gesetz zum stärkeren Schutz von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften beschlossen. Gewalttätige Übergriffe auf Polizei und Einsatzkräfte sind in jüngster Vergangenheit deutlich angestiegen. Solche Angriffe sind Angriffe auf uns alle und auf unseren Rechtsstaat. Mit dem Gesetz wollen die Abgeordneten Beamte und Helfer beim Einsatz besser schützen. Einsatzkräfte haben mehr Respekt verdient. Deshalb wird ein neuer, eigenständiger Tatbestand »Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte« im Strafrecht eingeführt, der Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute schützt und der mit einem verschärften Strafraum (Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren) ausgestaltet ist. Tätliche Angriffe gegen Einsatzkräfte werden in Zukunft also härter sanktioniert. Weiterhin wurde die Behinderung von Rettungskräften unter Strafe gestellt.

FEUERSCHUTZSTEUER

Unterstützen Sie uns in unseren Bemühungen zum Erhalt der Feuerschutzsteuer?

Bündnis 90/Die Grünen

Das Aufkommen der Feuerschutzsteuer steht den einzelnen Bundesländern zu. Bestrebungen die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer in den Ländern zu beseitigen sind uns nicht bekannt. Auch wir beabsichtigen das nicht, da die Finanzierung der Feuerwehren sichergestellt sein muss.

CDU/CSU

Die Feuerschutzsteuer ist eine Ländersteuer, deren Einnahmen aus der nach einem im Feuerschutzsteuergesetz definierten Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt werden. Sie sind zweckgebunden und kommen dem Brandschutz zugute. CDU und CSU unterstützen alle Bestrebungen, die Feuerschutzsteuer mit ihrer Zweckbindung für den Brandschutz als unverzichtbare Finanzierungsquelle für das kommunale Feuerwehrwesen zu erhalten.

Die Linke

Ja. DIE LINKE will die Feuerschutzsteuer beibehalten.

FDP

Die Feuerschutzsteuer kommt ausschließlich den Ländern zugute. Diese entscheiden per Landesgesetz über die zweckgebundene Verwendung. Die Freien Demokraten halten daran fest, dass die Feuerschutzsteuer auf die Länder verteilt wird, da dies auch der Kompetenz für den Brandschutz im föderalen Gefüge entspricht. Über die Verwendung der Feuerschutzsteuer entscheiden die Länder. Die Freien Demokraten in den Ländern sprechen sich für die zweckorientierte Verwendung der Steuer aus. Eine Zusammenfassung der Feuerschutzsteuer mit der Versicherungssteuer würde dem Ziel dienen, die Feuerschutzsteuer als Ländersteuer zu erhalten und den Ländern mithin die Möglichkeit zu geben, in ihrem Kompetenzbereich das Aufkommen aus der Steuer, welches ihnen vom Bund zugewiesen wird, für den Brandschutz zu verwenden.

SPD

Die SPD unterstützt das Anliegen, die Feuerschutzsteuer zu erhalten.

FLÜCHTLINGE

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Feuerwehren bei der Aufklärung und nachhaltigen Integration der Menschen in unserer Gesellschaft zu unterstützen?

Bündnis 90/Die Grünen

Als wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur können die Feuerwehren die Integration von Geflüchteten voranbringen. Die Beispiele der Projekte im Bundesprogramm »Zusammenhalt durch Teilhabe« zeigen, welche Handlungsansätze für die Feuerwehren bestehen.

Wir wollen entsprechende Bundesprogramme fortführen bzw. weiter ausbauen und möglichst in dauerhafte Strukturen überführen. Wenn die Feuerwehren immer weitere gesellschaftliche Aufgaben erfolgreich übernehmen sollen, brauchen sie dazu eine nachhaltige finanzielle und organisatorische Absicherung.

CDU/CSU

Feuerwehren spielen für das soziale Leben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine ganz zentrale Rolle. Deshalb ist es wichtig, dass sie sich öffnen

und bei der Integration der Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben, unterstützen. Die Feuerwehren haben seit Beginn der Flüchtlingslage großes Engagement gezeigt. CDU und CSU unterstützen die Feuerwehren bei ihren integrativen Projekten. Hier gilt zu prüfen, inwiefern staatliche Stellen die Feuerwehren beratend und finanziell bei der Umsetzung begleiten können.

Die Linke

DIE LINKE fordert, insgesamt das zivilgesellschaftliche Engagement zur Unterstützung und Integration von Flüchtlingen stärker zu unterstützen und zu fördern. Ohne den Beitrag vieler Organisationen und Gruppen wäre die Bewältigung der Flüchtlingslage 2015/16 nicht möglich gewesen, und dafür gebührt ihnen nicht nur Respekt und Anerkennung, sondern auch finanzielle Unterstützung. Sinnvoll erscheint uns auch eine Aufstockung der Mittel bei Aus- und Fortbildung der Freiwilligen Feuerwehren, um die Aufnahme und Ausbildung von Flüchtlingen zu bewerkstelligen, die sich nun dort engagieren wollen. Hier kann der Bund zumindest über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe im Rahmen seiner Aufgaben in der Aus- und Fortbildung von Führungskräften (interkulturelle Kompetenzen etc.) und in der Förderung des Ehrenamts einen Beitrag leisten.

FDP

Wir Freien Demokraten haben großen Respekt vor dem gesellschaftlichen, größtenteils ehrenamtlichen Engagement bei der Flüchtlingsintegration, gerade auch vor den Feuerwehren. Es ist Aufgabe der staatlichen Stellen diese Wertschätzung kontinuierlich zum Ausdruck zu bringen und weitere Kooperationsmöglichkeiten zu erschließen. Wir brauchen hauptamtliche Unterstützung für das ehrenamtliche Engagement, insbesondere für Schulung und Supervision, und flexible Projektförderungen, um passgenaue Integrationsangebote mit unterschiedlichsten Trägern anbieten zu können.

SPD

Wir sind sehr stolz auf das ungebrochene große Engagement von Bürgerinnen und

Bürgern; Vereinen und Verbänden seit Beginn der Flüchtlingskrise. Wir wollen die Arbeit der Helferinnen und Helfer noch stärker unterstützen. Die erhebliche erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge darf insgesamt nicht zulasten der Kommunen gehen. Daher werden wir unsere Städte und Gemeinden bei der Finanzierung

dieser wichtigen Arbeit weiterhin unterstützen.

Insgesamt gilt: Bürgerschaftliches Engagement muss wertgeschätzt werden. Die finanziellen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir deutlich aufstocken und strukturell absichern. Wir wollen, dass dafür eine Deut-

sche Engagementstiftung unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern aus Kultur, Bildung, Freier Wohlfahrtspflege und Rettungs- und Hilfsdiensten gegründet wird. Über die Stiftung kann die Zivilgesellschaft, über den Einsatz der Mittel für die strukturelle Förderung des Engagements mitentscheiden.

Fachempfehlung zur Fahrzeugbeschaffung aktualisiert

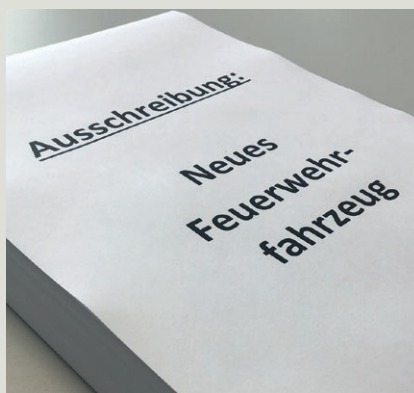
Sie ist eine der erfolgreichsten Fachempfehlungen im deutschen Feuerwehrwesen – sogar die Rechtsprechung nimmt auf sie Bezug. Nun haben Willi Reckert und Günther Pinkenburg in enger Abstimmung mit dem Fachausschuss Technik der deutschen Feuerwehren die Fachempfehlung »Ausschreibung und Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen« aktualisiert. Das 2011 erstmals veröffentlichte Dokument wurde grundlegend überarbeitet und der aktuellen Rechtsprechung angepasst. Der Fachausschuss ist ein gemeinsames Gremium der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF-Bund) und des Deutschen Feuerwehrverbandes.

Die Ausschreibung und Beschaffung von neuen Feuerwehrfahrzeugen ist für jede Feuerwehr eine entscheidende Frage. Sie bedeutet die langfristige Bindung an ein bestimmtes Fahrzeug, deshalb sind frühzeitige Planung und effiziente Kontrolle von besonderer Bedeutung. Die Fachempfehlung beantwortet erste Fragen und soll vor allem als Hilfestellung für Feuerwehren dienen, die nicht so häufig mit Ausschreibungen und Beschaffungen von neuen Feuerwehrfahrzeugen zu tun haben.

Die Ausführungen und Betrachtungen beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, die einen Auftragswert mindestens in Höhe der Schwellenwerte für EU-weite Vergabeverfahren erreichen. Sie sind im Grundsatz auch übertragbar auf die Beschaffung von weiteren feuerwehrtechnischen Gerätschaften oder Ausrüstungsteilen sowie für die Durchführung von nationalen Vergabeverfahren.

Ziel der Erläuterungen ist die Darstellung des einsatzfahrzeugspezifischen

Beschaffungsvorganges in Ansehung des EU-Vergaberechts, der den Lesern bei der Umsetzung und bei der Durchführung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen hilfreich sein soll.



Eine Fahrzeugbeschaffung bedeutet großen Aufwand – die Fachempfehlung gibt Hilfestellung. (Foto: C.-M. Pix)

Folgende Themen werden behandelt:

- Das EU-Kartellvergaberecht (maßgebliche Rechtsvorschriften, Öffentlicher Auftraggeber und Auftrag, EU-Schwellenwerte, Schätzung des Auftragswertes, Vergaberechtliche Grundsätze);
- relevante Vergabeverfahrensarten;
- Ablauf eines Vergabeverfahrens (Vorplanung zur Beschaffung, Sicherung der Finanzierung, Erstellung der Vergabeunterlagen);
- Dokumentation und Aufbewahrungsfristen;
- Aufhebung von Vergabeverfahren;
- Rechtsschutz;
- Vergabestatistik;
- Auftragsabwicklung (Aktualisierung der Leistungsbeschreibungen oder Projektbuch, Konstruktionsgespräch, Aufbaubesprechung beim Hersteller, Zwischenabnahme oder Rohbauabnah-

me, Endabnahme, Vertragsstrafe, Garantieansprüche und Beseitigung von Reklamationen, Auftragsänderungen.

Der »Rote Faden« bei der Durchführung jeder Beschaffung ist die detaillierte und qualitativ hochwertige Leistungsbeschreibung. Diese Leistungsbeschreibung bildet die Grundlage für die Auswertung und vergleichende Betrachtung der von den Bietern zu den formulierten Leistungsanforderungen eingesetzten Preise. Damit wird eine faire und transparente Vertragsgrundlage zwischen dem Bieter und dem Auftraggeber geschaffen.

Nach der Auftragsvergabe sorgt die Leistungsbeschreibung als Anhang zum Auftrags schreiben bzw. zur Vertragsurkunde für mehr Eindeutigkeit bei der Erstellung der Auftragsbestätigung durch den Auftragnehmer. Beim Konstruktionsgespräch, bei der Zwischen- und der Endabnahme dient sie beiden Vertragspartnern immer wieder als Vertragsgrundlage. Dazu ist es notwendig, dass diese nach Abschluss der Auftragserteilung während des Herstellungsprozesses entsprechend der weiteren Detailabsprachen immer wieder fortgeschrieben und aktualisiert wird – im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen.

Die Inhalte der Fachempfehlung sind sorgfältig geprüft und ausgearbeitet worden. Für die Richtigkeit der Ausführungen der Fachempfehlung zu allen vergaberechtlichen oder vertragsrechtlichen Detailfragen kann dennoch keine Gewähr gegeben werden. Das Dokument kann eine individuelle Rechtsberatung nicht ersetzen.

Die Fachempfehlung steht unter www.feuerwehrverband.de/fachempfehlungen.html zum kostenlosen Herunterladen im Internet zur Verfügung. (sda)